

No. 38115

**Austria
and
Germany**

Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Federal Republic of Germany on the cooperation of the police authorities and the customs administrations in the border areas. Vienna, 16 December 1997

Entry into force: *provisionally on 1 September 1999 and definitively on 1 August 2001, in accordance with article 18*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 17 January 2002*

**Autriche
et
Allemagne**

Accord entre le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne concernant la coopération des autorités policières et des administrations douanières dans la région frontalière. Vienne, 16 décembre 1997

Entrée en vigueur : *provisoirement le 1er septembre 1999 et définitivement le 1er août 2001, conformément à l'article 18*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 17 janvier 2002*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN

**ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER
REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ÜBER DIE
ZUSAMMENARBEIT DER POLIZEIBEHÖRDEN UND ZOLLVERWALTUNGEN IN
DEN GRENZGEBIETEN**

DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG

UND

DIE REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

unter Bekräftigung ihres Willens, die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen im Einvernehmen mit den Ländern Baden-Württemberg und Bayern unter Berücksichtigung der bisherigen erfolgreichen Kooperation zu beiderseitigem Nutzen auszubauen,

im Bestreben, durch gemeinsame Anstrengungen und koordiniertes Vorgehen der anhaltenden illegalen Zuwanderung und grenzüberschreitenden Kriminalität entgegenzuwirken, die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch Abwehr von grenzüberschreitenden Gefahren und Störungen und insbesondere eine wirksame Verbrechensbekämpfung zu gewährleisten,

in Ausfüllung von Titel III Kapitel I des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 und der dazu erlassenen Ausführungsregelungen,

in der Absicht, einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einem immer engeren Sicherheitsverbund zu unternehmen,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Teil I

Ziel der Zusammenarbeit, Anwendungsbereich

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien verstärken die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie bei der Verfolgung von Straftaten einschließlich in Fällen der vorübergehenden Wiederaufnahme der Personenkontrollen nach Artikel 2 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens. Die Zollverwaltung ist von diesem Abkommen erfaßt, soweit sie für die Überwachung von Verboten und Beschränkungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr zuständig ist und ihr hierzu Befugnisse im Rahmen des Schengener Durchführungsübereinkommens zugewiesen sind.

(2) Die Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts und völkerrechtlicher Übereinkünfte zwischen den Vertragsparteien. Das Gemeinschaftsrecht bleibt unberührt.

(3) Die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung durch nationale Zentralstellen, insbesondere im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (IKPO-Interpol), bleibt im übrigen durch dieses Abkommen unberührt.

Artikel 2

(1) Grenzgebiete im Sinne dieses Abkommens sind

1. in der Bundesrepublik Deutschland

- in Baden-Württemberg die örtlichen Zuständigkeitsbereiche der Landespolizeidirektionen Tübingen und Freiburg und des Wasserschutzpolizeiabschnitts Bodensee sowie des Bahn- und Grenzschutzamtes Stuttgart und des Grenzschutzamtes Weil
- in Bayern die örtlichen Zuständigkeitsbereiche der Polizeipräsidien Schwaben, Oberbayern, München und Niederbayern/Oberpfalz sowie der Grenzschutz- und Bahnpolizeiamter München und Schwandorf.

2. in der Republik Österreich

- die örtlichen Zuständigkeitsbereiche der Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich.

(2) Die Vertragsparteien werden einander die in diesen Grenzgebieten zuständigen Behörden und Dienststellen, einschließlich derjenigen der Zollverwaltung, benennen. In der Bundesrepublik Deutschland

sind dies auch die Landeskriminalämter Baden-Württemberg und Bayern im Hinblick auf Angelegenheiten der Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr in den Grenzgebieten.

Teil II

Inhalt der Zusammenarbeit

Artikel 3

Die Behörden nach Artikel 2 können gegenseitig Ansprechpartner zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit benennen.

Artikel 4

(1) Die Behörden nach Artikel 2 ergreifen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten alle zur Vertiefung ihrer Zusammenarbeit geeigneten Maßnahmen. Unbeschadet des Dienstverkehrs und des Informationsaustausches über die nationalen Zentralstellen, insbesondere über die nationalen Zentralbüros für die IKPO-Interpol, teilen sie sich die Informationen unmittelbar mit, die für das Grenzgebiet von Bedeutung sind. Sie führen insbesondere herbei

1. eine Intensivierung des Informationsaustausches und der Kommunikationsstrukturen im Rahmen des Titel III des Schengener Durchführungsübereinkommens, indem sie
 - einander Informationen über Sachverhalte, Täterverbindungen und typisches Täterverhalten ohne Angaben personenbezogener Daten mitteilen,
 - zur Aufklärung von Straftaten in Einzelfällen auf Ersuchen die Personalien von Beteiligten an strafbaren Handlungen übermitteln,
 - zum Zwecke der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung einander direkt über bevorstehende, polizeilich relevante Ereignisse und Aktionen sowie im Einzelfall über Personalien und Erkenntnisse über Personen möglichst so rechtzeitig unterrichten, daß die erforderlichen Maßnahmen zeitgerecht getroffen werden können,
 - sich gegenseitig bedeutsame Daten für die Einsatzplanung im täglichen Dienst und für besondere Anlässe mitteilen und dazu vorsorglich auch Erkenntnisse über Ereignisse übermitteln, deren Auswirkungen auf das Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei übergreifen können,
 - ein gemeinsames Verzeichnis mit Angaben über Zuständigkeiten und Erreichbarkeiten erstellen und jeweils aktualisieren,
 - bis zur Umstellung auf europäisch einheitliche Ausstattungen und Frequenzen Funkverbindungen auch durch Austausch von Geräten halten und zur Verbesserung der Telekommunikationsmöglichkeiten, insbesondere des Funkverkehrs entlang der Grenze, gemeinsam Vorschläge für eine kostengünstige Realisierung erarbeiten;
2. eine Intensivierung der Kooperation bei Einsätzen und Ermittlungen zur Verfolgung von Straftaten sowie zur Gefahrenabwehr, indem sie
 - die Kräfte in den gegenüberliegenden Grenzgebieten möglichst nach abgestimmter Planung einsetzen,
 - bei Bedarf gemeinsame Einsatzleitungen und Befehlsstellen bilden,
 - auf Ersuchen Beamte und Bedienstete der einen Vertragspartei im Rahmen ihrer jeweiligen nationalen Zuständigkeiten zur Unterstützung von Kontroll-, Observations- und Ermittlungsmaßnahmen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Informations- und Beratungsfunktionen ohne Ausübung hoheitlicher Befugnisse versehen lassen,
 - sich nach Maßgabe gemeinsam festgelegter Pläne an grenzüberschreitenden Fahndungsaktionen, zum Beispiel an Ringalarmfahndungen nach flüchtigen Straftätern, beteiligen,
 - bei Bedarf gemeinsame Programme zur Verbrechensvorbeugung planen und durchführen,
 - regelmäßig und bei Bedarf Besprechungen von Vertretern der in Artikel 2 genannten Behörden durchführen, um die Qualität der Zusammenarbeit zu überprüfen, neue Strategien zu erörtern, Einsatz-, Fahndungs- und Streifenpläne abzustimmen, statistische Daten auszutauschen und Arbeitsprogramme zu koordinieren,
 - Vertreter des jeweiligen Nachbarstaates zur Teilnahme an besonderen Einsätzen als Beobachter einladen.

(2) Bei grenzüberschreitender Zusammenarbeit nach Absatz 1 erfolgt die Unterrichtung der nationalen Zentralstellen nach Maßgabe innerstaatlicher Vorschriften.

Artikel 5

Zur Verstärkung der Kontakte im Bereich der Aus- und Fortbildung werden die zuständigen Stellen der Vertragsparteien einander Lehrpläne für die Aus- und Fortbildung zur Verfügung stellen. Möglichkeiten zur Teilnahme an solchen Veranstaltungen vorsehen, gemeinsame Programme für die Fortbildung erarbeiten und gemeinsame grenzüberschreitende Übungen durchführen.

Teil III

Allgemeine Bestimmungen für die Zusammenarbeit

Artikel 6

(1) Beamte und Bedienstete, die gemäß Artikel 4 zu einer Dienststelle der anderen Vertragspartei entsandt werden, sind Verbindungsbeamte im Sinne des Artikels 47 oder des Artikels 125 des Schengener Durchführungsübereinkommens.

(2) Beamte und Bedienstete, die ihren Dienst auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auf Grund dieses Abkommens ausüben, können dort ihre nationale Dienstkleidung tragen. Sie können ihre Dienstwaffen, Zwangsmittel und sonstige Ausrüstungsgegenstände mitführen. Die Dienstwaffen dürfen nur im Falle der Notwehr gebraucht werden. Die zuständigen Stellen unterrichten einander über die jeweils zulässigen Dienstwaffen und Zwangsmittel.

Artikel 7

Datenschutz wird nach Maßgabe der Artikel 126 bis 130 des Schengener Durchführungsübereinkommens gewährleistet.

Artikel 8

(1) In Anwendung und nach Maßgabe des Artikels 39 des Schengener Durchführungsübereinkommens können neben den nationalen Zentralstellen hinsichtlich ihres gesamten Zuständigkeitsbereiches die in Artikel 2 aufgeführten Polizeibehörden und ihre nachgeordneten Dienststellen bei der vorbeugenden Bekämpfung und der Aufklärung von Straftaten Ersuchen um Hilfe insbesondere in den nachfolgenden Bereichen unmittelbar gegenüber den zuständigen Polizeibehörden der anderen Vertragspartei übermitteln und beantworten:

- Halterfeststellungen und Fahrerermittlungen,
- Anfragen nach Führerscheinen und sonstigen Berechtigungen,
- Aufenthalts- und Wohnsitzfeststellungen,
- Feststellung von Telefonanschlusshabern,
- Identitätsfeststellungen,
- Ermittlungen zur Herkunft von Sachen, beispielsweise Waffen und Kraftfahrzeugen,
- Polizeiliche Erkenntnisse aus Datensystemen und polizeilichen Unterlagen,
- Rauschgiftsofortmeldungen,
- Informationen zur praktischen Durchführung grenzüberschreitender Observationsmaßnahmen,
- Informationen bei grenzüberschreitender Nacheile,
- Feststellung der Aussagebereitschaft einer Auskunftsperson,
- polizeiliche Befragungen,
- Spurenabklärungen und
- Abstimmung von und Einleitung erster Fahndungsmaßnahmen.

(2) Werden Ersuchen nach Absatz 1 zwischen den in Artikel 2 genannten Stellen übermittelt, gilt Artikel 4 Absatz 2 entsprechend.

(3) Die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen im Bereich der Verbote und Beschränkungen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs richtet sich nach den Vorschriften des Übereinkommens zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen in seiner jeweils geltenden Fassung.

Artikel 9

(1) Die grenzüberschreitende Observation richtet sich nach den in Artikel 40 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Voraussetzungen. Öffentlich zugängliche Grundstücke und Räume dürfen unter den für jedermann geltenden Voraussetzungen betreten werden.

(2) In der Bundesrepublik Deutschland sind Ersuchen an diejenige Staatsanwaltschaft als Bewilligungsbehörde zu richten und direkt zu übermitteln, in deren Zuständigkeitsbereich der Grenzübertritt voraussichtlich erfolgen soll.

(3) In der Republik Österreich sind Ersuchen an den Gerichtshof 1. Instanz als Bewilligungsbehörde zu richten und direkt zu übermitteln, in dessen Sprengel die Grenze voraussichtlich überschritten wird.

(4) Die Übermittlung von Ersuchen nach Absatz 2 und 3 kann auch über die in Artikel 2 genannten Behörden und Dienststellen erfolgen.

(5) Eine Kopie des Ersuchens soll außer den nationalen Zentralstellen

1. in der Bundesrepublik Deutschland

- dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart oder
- dem Bayerischen Landeskriminalamt in München sowie
- dem Zollkriminalamt in Köln, soweit davon betroffen,

2. in der Republik Österreich

- den Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich, soweit davon jeweils örtlich betroffen,

unverzüglich zugleitet werden.

(6) Der Grenzübertritt ist in Fällen einer Observation nach Artikel 40 Absatz 2 des Schengener Durchführungsübereinkommens

1. in der Bundesrepublik Deutschland in Baden-Württemberg und Bayern dem jeweiligen Landeskriminalamt,

2. in der Republik Österreich der jeweiligen Sicherheitsdirektion in den Bundesländern Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich,

mitzuteilen. Die in Satz 1 genannten Stellen unterrichten unverzüglich ihre nationale Zentralstelle. Das gemäß Artikel 40 Absatz 2 Buchstabe b des Schengener Durchführungsübereinkommens nachzureichende Ersuchen ist nach den Bestimmungen der Absätze 2 bis 5 zu übermitteln.

(7) Die erteilte Bewilligung zur Durchführung einer Observation gilt jeweils für das gesamte Hoheitsgebiet der Vertragsparteien.

(8) Änderungen der Zuständigkeiten nach den Absätzen 2 bis 6 werden der anderen Vertragspartei mitgeteilt.

Artikel 10

(1) Die grenzüberschreitende Nacheile richtet sich nach den in Artikel 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens genannten Voraussetzungen sowie den dazu erlassenen Durchführungsregelungen unter Beachtung der gemäß Artikel 41 Absatz 9 des Schengener Durchführungsübereinkommens abgegebenen nationalen Erklärungen. Artikel 9 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Im Falle einer grenzüberschreitenden Nacheile sind zu benachrichtigen

1. in der Bundesrepublik Deutschland

- in Baden-Württemberg der Wasserschutzpolizeiabschnitt Bodensee oder die Polizeidirektion Friedrichshafen,
- in Bayern die Polizeidirektionen Kempten im Allgäu, Weilheim, Rosenheim, Traunstein oder Passau,

2. in der Republik Österreich

- die Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Vorarlberg, Tirol, Salzburg oder Oberösterreich.

Änderungen dieser Zuständigkeiten werden der anderen Vertragspartei schriftlich mitgeteilt.

(3) Die jeweils örtlich zuständige Behörde kann die Einstellung der Nacheile verlangen.

(4) In Fällen der Nacheile erfolgt die Unterrichtung der nationalen Zentralstelle nach Maßgabe innerstaatlicher Vorschriften.

Artikel 11

(1) Bei der Durchführung einer grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile mit Kraftfahrzeugen oder Wasserfahrzeugen unterliegen die daran beteiligten Beamten und Bediensteten der einen Vertragspartei denselben verkehrsrechtlichen Bestimmungen wie die Beamten und Bediensteten der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Observation oder Nacheile fortgesetzt wird. Die Vertragsparteien unterrichten einander über die jeweils geltende Rechtslage.

(2) Erforderliche technische Mittel zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile dürfen eingesetzt werden, soweit dies nach dem Recht der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Observation oder Nacheile fortgesetzt wird, zulässig ist.

Artikel 12

Für den Ersatz von Schäden einer Vertragspartei, die auf deren Hoheitsgebiet durch Amtshandlungen von Beamten und Bediensteten der anderen Vertragspartei nach Artikel 9 oder 10 verursacht werden, gilt Artikel 43 des Schengener Durchführungsübereinkommens.

Artikel 13

(1) Soweit es verkehrsbedingt notwendig ist, dürfen die Beamten und Bediensteten von Behörden und Dienststellen im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befahren, um das eigene Hoheitsgebiet auf möglichst kurzem Wege wieder zu erreichen. Artikel 6 Absatz 2 gilt entsprechend.

(2) Beamte und Bedienstete im Sinne des Absatz 1 können zur Durchführung von Maßnahmen auf den im eigenen Hoheitsgebiet gelegenen Streckenabschnitten von grenzüberschreitenden Reisezügen bereits auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zusteigen. Artikel 6 Absatz 2 gilt entsprechend.

Teil IV

Durchführungs- und Schlußbestimmungen

Artikel 14

Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien und der Länder Baden-Württemberg und Bayern können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Abkommens weitere Absprachen treffen, die die verwaltungsmäßige Durchführung, organisatorische Änderungen oder die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zum Ziel haben.

Artikel 15

Ist eine Vertragspartei der Ansicht, daß die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung einer Kooperationsmaßnahme geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen das innerstaatliche Recht zu verstoßen, kann sie die Zusammenarbeit insoweit ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen.

Artikel 16

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Vertragsparteien und der Länder Baden-Württemberg und Bayern überprüft regelmäßig die Umsetzung dieses Abkommens und stellt fest, ob Ergänzungs- oder Fortschreibungsbedarf besteht.

Artikel 17

Die Vertragsparteien werden unmittelbar nach Unterzeichnung dieses Abkommens Verhandlungen über ein umfassenderes Abkommen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung und Gefahrenabwehr aufnehmen.

Artikel 18

(1) Dieses Abkommen wird mit Ausnahme des Artikels 11 Absatz 1 ab dem ersten Tag des zweiten Monats vorläufig angewendet, nachdem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens mit Ausnahme des Artikels 11 Absatz 1 erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft, nachdem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens einschließlich des Artikels 11 Absatz 1 erfüllt sind.

(3) Maßgebend für die Berechnung der Frist bei Absatz 1 und 2 ist der Zeitpunkt des Eingangs der letzten Notifikation.

(4) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

GESCHEHEN ZU Wien am 16. Dezember 1997 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Schlögl m. p.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

Seiler-Albring m. p.

Kanther m. p.

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND
THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON
THE COOPERATION OF THE POLICE AUTHORITIES AND THE
CUSTOMS ADMINISTRATIONS IN THE BORDER AREAS

The Austrian Federal Government and the Government of the Federal Republic of Germany,

Confirming their will, bearing mind the successful cooperation to date, to develop for mutual benefit, in agreement with Laender Baden-Württemberg and Bavaria, the cooperation of the police authorities and customs administrations,

Desiring, by means of joint efforts and coordinated procedures, actively to oppose the continuing illegal immigration and cross-border crime and to promote public order and safety by preventing cross-border threats and disturbances, in particular through effective crime prevention,

In execution of Title III, Chapter I, of the Agreement of 19 June 1990 on the implementation of the Schengen Agreement of 14 June 1985 and the implementation regulations pertaining thereto,

With the intention of taking a further step towards a still closer security alliance,
Have agreed as follows:

PART I. OBJECT AND SCOPE OF THE COOPERATION

Article 1

(1) The Contracting Parties shall strengthen the cooperation of the police authorities and customs administrations in the border areas with a view to the prevention of threats to public order and safety and the prosecution of offences, inter alia in cases of a temporary resumption of identity checks in accordance with article 2, paragraph 2 of the Schengen implementation agreement. The customs administration shall be covered by this Agreement in so far as it is responsible for verifying compliance with prohibitions and restrictions in respect of cross-border goods traffic and is empowered to that effect under the Schengen implementation agreement.

(2) The cooperation shall be conducted on the basis of and in compliance with the internal laws and international agreements between the Contracting Parties. Community law shall not be affected.

(3) International cooperation in the sphere of crime prevention by national central bodies, especially within the framework of the International Criminal Police Organization (IC-PO-Interpol), shall also remain unaffected by this Agreement.

Article 2

(1) Border areas within the meaning of this Agreement shall be:

1. In the Federal Republic of Germany:

- In Baden-Württemberg, the areas of local responsibility of the Tübingen and Freiburg Land police authorities and of the Lake Constance water protection police, as well as of the Stuttgart and Weil border protection authorities;
- In Bavaria, the areas of local responsibility of the Swabia, Upper Bavaria, Munich and Lower Bavaria/Upper Palatinate police authorities, as well as the Munich and Schwandorf border protection and railway police authorities;

2. In the Republic of Austria:

- The areas of local responsibility of the security authorities for Federal Laender Vorarlberg, Tyrol, Salzburg and Upper Austria.

(2) The Contracting Parties shall reciprocally designate the authorities and offices, including those of the customs administration, having responsibility in these border areas. In the Federal Republic of Germany these shall also include, for purposes of prevention of crimes and threats in the border areas, the criminal affairs departments of Baden-Württemberg and Bavaria.

PART II. SUBSTANCE OF THE COOPERATION

Article 3

The authorities according to article 2 may reciprocally designate contact officials for the promotion of cross-border cooperation.

Article 4

(1) The authorities according to article 2 shall, within the limits of their respective responsibilities, take all measures to strengthen their cooperation. Without prejudice to official contacts and information exchanges through the central national bodies, in particular those of ICPO-Interpol, they shall directly communicate to each other all significant information concerning the border area. In this connection, they shall in particular bring about

1. An intensification of information exchanges and communication structures within the framework of Title III of the Schengen Agreement, by

- Communicating to each other, without indication of personal data, information concerning situations, associations of offenders or typical behaviour of offenders;
- In isolated cases, with a view to resolving criminal offences, forwarding upon request the personal data of participants in punishable acts;
- For the purpose of preventing threats to public order and safety, communicating directly to each other, where possible early enough for the necessary steps to be taken in time, information relating to imminent events or actions

of interest to the police, as well as, in isolated cases, information or findings concerning individuals;

- Reciprocally communicating data of importance to the planning of day-to-day or special activities and also, by way of precaution, forwarding information concerning events whose effects may spread to the territory of the other Contracting Party;
 - Preparing and updating, as necessary, a joint register of responsible bodies and their availabilities;
 - Pending the adoption of unified European equipment and frequencies, maintaining radio communications, including through the exchange of equipment, and jointly elaborating proposals for low-cost operation with a view to improving telecommunications, especially by radio, along the border;
2. An intensification of cooperation in connection with actions and investigations aimed at preventing criminal acts and threats to law and order, by
- Where possible, seconding forces to adjacent border areas on the basis of joint planning;
 - Where required, establishing joint operations centres and command posts;
 - Permitting, upon request, officials and employees of one of the Contracting Parties, within the framework of their national duties, to perform information and consultative duties in the territory of the other Contracting Party, without the exercise of sovereignty rights, in support of verification, observation and investigation operations;
 - Participating, on the basis of jointly established plans, in cross-border search operations, e.g. in searches for fugitive offenders;
 - Where required, planning and executing joint crime prevention programmes;
 - Regularly or as required, holding meetings of representatives of the authorities referred to in article 2 in order to evaluate the quality of the cooperation, discuss new strategies, agree plans for operations, searches and patrols, exchange statistical data and coordinate work programmes;
 - Inviting representatives of the neighbouring State to participate as observers in special operations.

(2) Communications to national central bodies in connection with cross-border cooperation as defined in paragraph 1 shall be transmitted in compliance with internal regulations.

Article 5

With a view to strengthening contacts in the sphere of training and further training, the competent authorities of the Contracting Parties shall make available to each other syllabuses for training and further training courses, make arrangements for mutual participation

in such events, prepare joint further training programmes and conduct joint cross-border exercises.

PART III. GENERAL PROVISIONS GOVERNING THE COOPERATION

Article 6

(1) Officials and employees seconded to an office of the other Contracting Party in accordance with article 4 shall be liaison officers within the meaning of article 47 or article 125 of the Schengen implementation agreement.

(2) Officials and employees who, by virtue of this Agreement, perform their duties in the territory of the other Contracting Party may wear their national service uniform there. They may carry their service weapons, coercive means and other items of equipment. The service weapons may be used only in self-defence. The responsible authorities shall inform each other of the respectively permissible service weapons and coercive means.

Article 7

Data protection shall be guaranteed in accordance with articles 126 to 130 of the Schengen implementation agreement.

Article 8

(1) Pursuant to and in compliance with article 39 of the Schengen implementation agreement, the police authorities referred to in article 2 and their subordinate bodies, in addition to the national central bodies, may forward and reply to requests for assistance in connection with the prevention and investigation of criminal offences directly to the responsible police authorities of the other Contracting Party, particularly in the following areas:

- Data relating to vehicle owners and drivers;
- Queries concerning driving licences and other authorizations;
- Data relating to places of residence and domicile;
- Data relating to telephone subscribers;
- Identifications;
- Data relating to the origins of objects, in particular weapons and vehicles;
- Police data obtained from data systems and police documents;
- Urgent reports relating to narcotic drugs;
- Data relating to the practical execution of cross-border observation measures;
- Data relating to cross-border pursuit activities;
- Data relating to an individual's readiness to provide information;
- Police interrogations,
- Investigations relating to wheel tracks; and

- Planning and undertaking preliminary search measures.

(2) Where requests under paragraph 1 are forwarded between offices referred to in article 2, article 4, paragraph 2 shall apply as appropriate.

(3) The cooperation of customs administrations in respect of prohibitions and restrictions in respect of cross-border movement of goods shall take place in accordance with the provisions of the agreement between the member States of the European Union on reciprocal support of customs administrations, in the version in force at the time.

Article 9

(1) Cross-border observations shall take place in accordance with the conditions specified in article 40 of the Schengen implementation agreement. Properties and premises open to the public may be entered subject to the conditions applicable to all.

(2) In the Federal Republic of Germany, requests for authorization shall be addressed or directly forwarded to the office of the State prosecutor within whose area of responsibility the border crossing is expected to take place.

(3) In the Republic of Austria, requests for authorization shall be addressed or directly forwarded to the court of first instance in whose administrative district the border crossing is expected to take place.

(4) The forwarding of requests under paragraphs 2 and 3 may also take place through the authorities and offices referred to in article 2.

(5) In addition to the national central bodies, a copy of the request shall be sent without delay

1. In the Federal Republic of Germany:

- To the criminal affairs department of Land Baden-Württemberg at Stuttgart, or
- To the criminal affairs department of Land Bavaria at Munich, as well as to
- The criminal affairs section of the customs administration at Cologne, in so far as these may be affected by the case in question;

2. In the Republic of Austria:

- To the security authorities for the Federal Laender Vorarlberg, Tyrol, Salzburg and Upper Austria, in so far as these may be locally affected by the case in question.

(6) In cases of an observation in accordance with article 40, paragraph 2 of the Schengen implementation agreement, the border crossing shall be reported

1. In the Federal Republic of Germany, to the criminal affairs department of Land Baden-Württemberg or Land Bavaria, as appropriate;
2. In the Republic of Austria, to the security authorities of Federal Laender Vorarlberg, Tyrol, Salzburg or Upper Austria, as appropriate. The authorities referred to in the foregoing sentence shall immediately inform their national central bodies. The request to be submitted under article 40, paragraph 2b of

the Schengen implementation agreement shall be forwarded in accordance with the provisions of paragraphs 2 to 5.

(7) An authorization granted for the execution of an observation shall be valid for the entire territory of the respective Contracting Party.

(8) Changes in the responsibilities specified in paragraphs 2 to 6 shall be communicated to the other Contracting Party.

Article 10

(1) Cross-border pursuit shall be carried out in accordance with the conditions specified in article 41 of the Schengen implementation agreement and the implementation regulations pertaining thereto, the national declarations made in accordance with article 41, paragraph 9 of the Schengen being taken into consideration. The second sentence of article 9, paragraph 1, shall apply as appropriate.

(2) In the event of cross-border pursuit, the following shall be notified:

1. In the Federal Republic of Germany:

- In Baden-Württemberg, the Lake Constance section of the water police or the Friedrichshafen police;

- In Bavaria, the Kempten-im-Allgau, Weilheim, Rosenheim, Traunstein or Passau police authorities;

2. In the Republic of Austria:

- The security authorities of Federal Laender Vorarlberg, Tyrol, Salzburg or Upper Austria.

Changes in these responsibilities shall be notified in writing to the other Contracting Party.

(3) The respective responsible authority may request the cessation of the pursuit.

(4) In cases of cross-border pursuit, notification of the national central body shall be effected in accordance with domestic provisions.

Article 11

(1) In carrying out a cross-border observation or pursuit operation involving the use of road or water vehicles, the participating officials and employees of one Contracting Party shall be subject to the same traffic regulations as the officials and employees of the Contracting Party in whose territory the observation or pursuit is continued. The Contracting Parties shall inform each other of the respective legal provisions in force.

(2) The necessary technical means may be employed in support of the cross-border observation or pursuit operation in so far as this is permitted under the legislation of the Contracting Party in whose territory the observation or pursuit is continued.

Article 12

For reparation of damage caused to a Contracting Party in its territory by official actions performed by officials or employees of the other Contracting Party under articles 9 or 10, article 43 of the Schengen implementation agreement shall apply.

Article 13

(1) So far as may be necessary for logistical reasons, officials and employees of authorities and bodies within the meaning of article 1, paragraph 1 may travel within the territory of the other Contracting Party in order to reach their own territory by the shortest possible route. Article 6, paragraph 1 shall apply as appropriate.

(2) Officials and employees within the meaning of paragraph 1 may board cross-border passenger trains already in the territory of the other Contracting Party for the purpose of carrying out operations in railway sections located in their own territory. Article 6, paragraph 2 shall apply as appropriate.

PART IV. IMPLEMENTATION AND FINAL PROVISIONS

Article 14

The competent authorities of the Contracting Parties and of Laender Baden-Württemberg and Bavaria may, on the basis and within the framework of this Agreement, make further arrangements with the aim of ensuring its administrative implementation, making organizational changes, or further developing their cooperation.

Article 15

Should one of the Contracting Parties take the view that complying with a request or carrying out a cooperation measure would infringe its own sovereignty rights, imperil its own security or other essential interests, or violate its domestic legislation, it may, to that extent, partly or wholly refuse its cooperation or make it contingent upon certain conditions.

Article 16

A joint working group composed of representatives of the Contracting Parties and of Laender Baden-Württemberg and Bavaria shall regularly verify the implementation of this agreement and ascertain whether there is any need to supplement or update it.

Article 17

Immediately after the signature of this Agreement, the Contracting Parties shall open negotiations towards a more comprehensive agreement on cross-border cooperation in connection with the prevention of crime and threats.

Article 18

(1) This Agreement, with the exception of article 11, paragraph 1, shall be applied provisionally from the first day of the second month after the Contracting Parties have notified each other that the domestic conditions for the entry of the force of the Agreement, with the exception of article 11, paragraph 1, have been fulfilled.

(2) This Agreement shall enter into force on the first day of the second month after the Contracting Parties have notified each other that the domestic conditions for the entry into force of the Agreement, including article 11, paragraph 1, have been fulfilled.

(3) The calculation of the time limits referred to in paragraphs 1 and 2 shall be based on the date of receipt of the last notification.

(4) This Agreement shall be concluded for an indefinite period. It may be renounced, in writing, by either Contracting Party through the diplomatic channel. The renunciation shall enter into force six months after the date on which it is received by the other Contracting Party.

DONE at Vienna on 16 December 1997, in two original copies in the German language.

For the Austrian Federal Government:

SCHLOEGL

For the Government of the Federal Republic of Germany:

SEILER-ALBRING

KANTHER

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL AUTRICHIEN ET LE
GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
CONCERNANT LA COOPÉRATION DES AUTORITÉS POLICIÈRES ET
DES ADMINISTRATIONS DOUANIÈRES DANS LA RÉGION
FRONTALIÈRE

Le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

Confirmant leur volonté, compte tenu du succès que leurs efforts de coopération ont rencontré à ce jour, de développer pour leur bénéfice mutuel, en accord avec Laender Baden-Württemberg et la Bavière, la coopération des autorités policières et des administrations douanières,

Désireux, grâce à des efforts conjoints et des procédures coordonnées, de faire obstacle de façon active au mouvement incessant d'immigrants en situation irrégulière et à la criminalité dans la région frontalière et de promouvoir l'ordre et la sécurité des populations grâce à la prévention de menaces et de désordres dans cette zone, notamment par des mesures de prévention de la criminalité,

En application de l'Intitulé III du Chapitre I de l'Accord du 19 juin 1990 relatif à la Convention d'application de l'Accord de Schengen en date du 14 juin 1985 et des règlements d'application y afférents,

Ayant l'intention de progresser vers une alliance encore plus étroite en matière de sécurité,

Sont convenus de ce qui suit :

PREMIÈRE PARTIE. OBJECTIF ET PORTÉE DE LA COOPÉRATION

Article premier

1) Les Parties contractantes renforceront la coopération des autorités policières et des administrations douanières dans la région frontalière en vue de prévenir toute menace à l'ordre public et à la sécurité des populations et d'exercer des poursuites contre les délits, notamment par la reprise temporaire des vérifications d'identité conformément au paragraphe 2 de l'Article 2 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen. Le présent Accord étendra son champ d'application aux administrations douanières dans la mesure où ces dernières sont chargées de vérifier le respect des interdictions et des restrictions en ce qui concerne la circulation de marchandises dans la région frontalière et la Convention d'application de l'Accord de Schengen lui en attribue les pouvoirs.

2) La coopération se déroulera sur la base des lois internes et conformément à ces dernières ainsi qu'aux accords internationaux entre les Parties contractantes. La législation des communautés ne sera pas affectée.

3) La coopération internationale en ce qui concerne les mesures prises par les organes centraux nationaux pour lutter contre la criminalité, particulièrement dans le cadre de l'Organisation internationale de police criminelle (OIPC-Interpol) ne sera pas affectée par le présent Accord.

Article 2.

1) La région frontalière, aux fins du présent Accord, comprendra :

1. En République fédérale d'Allemagne :

- à Baden-Württemberg, les zones placées sous la responsabilité locale des autorités policières de Tübingen et Freiburg Land et de la police de protection des eaux du Lac Constance, ainsi que des autorités de protection douanière de Stuttgart et de Weil;
- en Bavière, les zones placées sous la responsabilité locale des autorités policières de Swabia, Haute Bavière, Munich et Basse Bavière/Haut Palatinat, ainsi que des autorités policières de protection de la frontière et des chemins de fer de Munich et de Schwandorf;

2. En République fédérale d'Autriche :

- les zones placées sous la responsabilité locale des autorités de sécurité pour Federal Laender Vorarlberg, Tyrol, Salzburg et Haute Autriche.

2) Les Parties contractantes désigneront réciproquement les autorités et les bureaux, y compris ceux de l'administration douanière, assumant des responsabilités dans lesdites zones frontalières.

En République fédérale d'Allemagne, aux fins de prévention de la criminalité et des menaces dans les zones frontalières, les Départements des affaires criminelles de Baden-Württemberg et de Bavière seront également désignés.

PARTIE II. ÉLÉMENTS DE LA COOPÉRATION

Article 3

Les autorités conformément à l'Article 2 peuvent désigner réciproquement des représentants qui seront des points de contact pour la promotion de la coopération dans la région frontalière.

Article 4

1) Les autorités conformément à l'Article 2 et dans les limites de leurs responsabilités respectives, prendront toutes les mesures nécessaires pour renforcer leur coopération. Sans préjudice aux contacts officiels et aux échanges de renseignements par l'entremise des organes centraux nationaux, en particulier OIPC-Interpol, elles se communiqueront directement tous autres renseignements importants concernant la zone frontalière. À ces fins, elles s'efforceront en particulier :

1. d'intensifier les échanges de renseignements et les structures de communication dans le cadre de l'Intitulé III de l'Accord de Schengen, par les moyens ci-après :
 - en se communiquant, sans indication de données personnelles, les renseignements concernant les situations, associations de délinquants ou le comportement typique de délinquants;
 - dans des cas isolés, et dans le but de trouver une solution aux actes de criminalité, en communiquant sur demande les données personnelles des participants à des actes punissables par la loi;
 - aux fins de prévenir les menaces à l'ordre public et à la sécurité des populations, en communiquant directement entre elles, toutes les fois que possible et suffisamment à l'avance pour que les mesures nécessaires puissent être prises en temps voulu, les renseignements ayant trait à des situations ou des actes imminents susceptibles d'intéresser la police, et, dans des cas isolés, des renseignements ou résultats d'enquêtes concernant certaines personnes;
 - se communiqueront réciproquement des données jouant un rôle important dans la planification d'activités courantes ou spéciales et également, par précaution, en communiquant des renseignements concernant des faits dont les conséquences risquent de s'étendre au territoire de l'autre Partie contractante;
 - en préparant et en mettant à jour, en tant que de besoin, un registre commun des organes responsables avec indication de leur disponibilité;
 - en attendant l'adoption d'un matériel et de fréquences unifiés couvrant l'Europe, en maintenant des communications par radio, notamment par l'échange de matériel, et conjointement en préparant des propositions visant une exploitation à faible coût dudit équipement et desdites fréquences en vue d'améliorer les télécommunications le long de la frontière, particulièrement par radio;
2. d'intensifier la coopération en relation avec des mesures et des enquêtes visant à prévenir les actes et menaces d'infractions à la loi et à l'ordre, de la manière suivante :
 - toutes les fois que possible, en détachant du personnel dans les zones frontalières adjacentes dans le cadre d'une planification conjointe;
 - toutes les fois que nécessaire, en établissant des centres d'opérations et des postes de commandement conjoints;
 - en permettant, sur demande, à des représentants et employés d'une des Parties contractantes, dans le cadre de leurs fonctions nationales, d'accomplir des tâches d'information et de consultation sur le territoire de l'autre Partie contractante, sans exercice de droits de souveraineté, à l'appui d'activités de vérification, observation et investigation;
 - en participant dans le cadre de plans établis d'un commun accord, à des opérations de ratissage dans la région frontalière, par exemple à la recherche de délinquants fugitifs;

- en tant que de besoin, en planifiant et mettant à exécution des programmes conjoints de prévention de la criminalité;
- en organisant de façon régulière ou en tant que de besoin, des réunions de représentants des autorités visées à l'Article 2 afin d'évaluer la qualité de la coopération, d'examiner de nouvelles stratégies, de s'entendre sur des plans d'opérations, ratissages et patrouilles, de procéder à des échanges de données statistiques et de coordonner des programmes de travail;
- en invitant des représentants de l'État voisin à participer en tant qu'observateurs à des opérations spéciales.

2) Les communications aux organes centraux nationaux en relation avec la coopération dans la région frontalière définies au paragraphe 1 seront transmises en conformité avec les règlements internes.

Article 5

Dans le but de renforcer les contacts dans le domaine de la formation et du perfectionnement, les autorités compétentes des Parties contractantes se communiqueront des programmes de formation et des cours de perfectionnement, prendront les mesures nécessaires en vue d'organiser la participation mutuelle auxdits programmes et cours, mettront au point de nouveaux programmes conjoints de formation et organiseront des exercices conjoints dans la région frontalière.

PARTIE III. DISPOSITIONS GÉNÉRALES RÉGISSANT LA COOPÉRATION

Article 6

1) Les représentants et employés détachés à un bureau de l'autre Partie contractante conformément à l'Article 4 serviront d'officiers de liaison au sens de l'Article 47 ou de l'Article 125 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen.

2) Les représentants et employés qui, en vertu du présent Accord, accompliront leurs tâches sur le territoire de l'autre Partie contractante, pourront porter leur uniforme national de service, seront autorisés à être munis de leurs armes de service, moyens de coercition et autres articles faisant partie de leur équipement. Les armes de service seront utilisées exclusivement dans les cas de légitime défense. Les autorités responsables s'informeront mutuellement de leurs armes et moyens de coercition autorisés.

Article 7

La protection des données sera garantie conformément aux Articles 126 à 130 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen.

Article 8

1) en vertu et en application de l'Article 39 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen, les autorités policières visées à l'Article 2 et leurs organes subalternes, ainsi que les organes centraux nationaux, pourront demander et prêter assistance en relation avec la prévention et l'investigation de délits, directement aux autorités policières de l'autre Partie contractante, particulièrement dans les domaines ci-après :

- données relatives aux propriétaires et conducteurs de véhicules;
- questions concernant les permis de conduire et autres autorisations;
- données relatives aux lieux de résidence et de domicile;
- données relatives aux abonnés de téléphone;
- identifications;
- données concernant l'origine d'objets, en particulier des armes et des véhicules;
- données policières obtenues à partir de systèmes de données et de documents policiers;
- rapports urgents ayant trait aux stupéfiants;
- données concernant l'exécution pratique des mesures d'observation dans la région frontalière;
- données concernant les poursuites à travers la frontière;
- données ayant trait à l'empressement d'une personne à fournir des informations;
- interrogations policières;
- enquêtes ayant trait aux empreintes de pneus; et
- planification et réalisation de mesures préliminaires de recherche.

2) Dans le cas où les demandes visées au paragraphe 1 font l'objet de communication entre les bureaux visés à l'Article 2, le paragraphe 2 de l'Article 4 s'appliquera en tant que de besoin.

3) La coopération des administrations douanières en ce qui concerne les interdictions et restrictions de trafic de marchandises à travers la frontière aura lieu conformément aux dispositions de l'Accord entre les États membres de l'Union européenne relatif au soutien réciproque des administrations douanières, dans la version en vigueur à cette date.

Article 9

1) Les observations dans la région frontalière auront lieu conformément aux conditions spécifiées à l'Article 40 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen. L'entrée dans les lieux et locaux ouverts au public sera autorisée sous réserve des conditions applicables à tous.

2) En République fédérale d'Allemagne, les demandes d'autorisation seront adressées ou directement communiquées au ministère public de l'État assumant responsabilité de la zone dans laquelle la traversée de la frontière est supposée avoir lieu.

3) En République fédérale d'Autriche, les demandes d'autorisation seront adressées ou directement communiquées au tribunal de première instance compétent dans la zone administrative où la traversée est supposée avoir lieu.

4) Les demandes visées aux paragraphes 2 et 3 peuvent également être envoyées par l'entremise des autorités et des offices mentionnés à l'Article 2.

5) Outre les organes centraux nationaux, une copie de la demande sera envoyée dans les meilleurs délais

1. En République fédérale d'Allemagne :

- au bureau des affaires criminelles de Land Baden-Württemberg à Stuttgart, ou
- au bureau des affaires criminelles de Land Bavaria à Munich ainsi qu'à
- la section des affaires criminelles de l'administration douanière de Cologne, dans la mesure où l'affaire en question aura des conséquences pour cette dernière;

2. En République fédérale d'Autriche :

- aux autorités de sécurité pour le Federal Laender Vorarlberg, le Tyrol, Salzburg et la Haute Autriche, dans la mesure où l'affaire en question aura des effets dans leur zone de compétence.

6) Dans les cas d'une observation conformément au paragraphe 2 de l'Article 40 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen, il sera fait rapport du franchissement de la frontière

1. En République fédérale d'Allemagne, au département des infractions de Land Baden-Württemberg ou Land Bavaria, selon le cas;
2. En République fédérale d'Autriche, aux autorités de sécurité de Federal Laender Vorarlberg, Tyrol, Salzburg ou Haute Autriche, selon le cas. Les autorités susmentionnées informeront sans délai leurs organes centraux nationaux. La demande visée au paragraphe 2b de l'Article 40 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen sera envoyée conformément aux dispositions des paragraphes 2 à 5.

7) Une autorisation accordée pour la réalisation d'une activité d'observation sera valide pour la totalité du territoire de la Partie contractante intéressée.

8) Toutes modifications aux responsabilités spécifiées aux paragraphes 2 à 6 seront communiquées à l'autre Partie contractante.

Article 10

1) Les poursuites à travers la frontière seront exécutées conformément aux conditions spécifiées à l'Article 41 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen et aux règlements d'application de ladite Convention, en tenant compte des déclarations nationales

faites conformément au paragraphe 9 de l'Article 41 de ladite Convention. La deuxième phrase du paragraphe 1 de l'Article 9 s'appliquera selon le cas.

2) Dans le cas d'une poursuite à travers la frontière, notification sera faite aux services ci-après :

1. En République fédérale d'Allemagne :
 - à Baden-Württemberg, la section de la police de l'eau pour le Lac de Constance ou la police de Friedrichshafen;
 - en Bavière, les autorités policières de Kempten-im-Allgau, Weilheim, Rosenheim, Traunstein ou Passau;
2. En République fédérale d'Autriche :
 - les autorités de sécurité de Federal Laender Vorarlberg, Tyrol, Salzburg ou Haute Autriche.

Toute modification à ces responsabilités sera notifiée par écrit à l'autre Partie contractante.

3) L'autorité responsable de la Partie contractante intéressée pourra demander l'arrêt des poursuites.

4) En cas de poursuite à travers la frontière, notification sera faite à l'organisme central national conformément aux dispositions de la législation nationale.

Article 11

1) Les représentants et employés d'une Partie contractante participant à une opération d'observation ou de poursuite à travers la frontière avec utilisation de voitures automobiles ou d'embarcations devront observer les mêmes règlements en matière de trafic que les représentants et employés de la Partie contractante sur le territoire de laquelle ces opérations ont lieu. Les Parties contractantes s'informeront mutuellement de leurs dispositions juridiques respectives en vigueur.

2) Les moyens techniques nécessaires pourront être utilisés à l'appui des opérations susmentionnées dans la mesure où la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle les opérations ont lieu le permet.

Article 12

En ce qui concerne la réparation de dommages causés à une Partie contractante sur son territoire à la suite d'opérations officielles effectuées par des représentants ou employés de l'autre Partie contractante en vertu des Articles 9 ou 10, l'Article 43 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen s'appliquera.

Article 13

1) Si nécessaire pour des raisons de logistique, les représentants et employés des autorités et organismes mentionnés au paragraphe 1 de l'Article 1 pourront effectuer des déplacements dans le territoire de l'autre Partie contractante en vue de parvenir à leur propre

territoire par la voie la plus courte possible. Le paragraphe 1 de l'Article 6 s'appliquera en tant que de besoin.

2) Les représentants et employés au sens du paragraphe 1 pourront s'embarquer sur des trains de voyageurs traversant la frontière et se trouvant déjà sur le territoire de l'autre Partie contractante pour exécuter des opérations dans les sections ferroviaires situées sur leur propre territoire. Le paragraphe 2 de l'Article 6 s'appliquera en tant que de besoin.

PARTIE IV. MISE EN OEUVRE ET DISPOSITIONS FINALES

Article 14

Les autorités compétentes des Parties contractantes, de Laender Baden-Württemberg et de la Bavière peuvent, sur la base et dans le cadre du présent Accord, conclure de nouveaux arrangements dans le but d'assurer sa mise à exécution administrative, d'effectuer des modifications organisationnelles ou de renforcer leur coopération.

Article 15

Dans le cas où les Parties contractantes estiment que répondre à une demande ou adopter une mesure de coopération porterait atteinte à ses propres droits de souveraineté, mettrait en danger sa propre sécurité ou autres intérêts essentiels, ou serait en violation de sa législation interne, elle pourra refuser en partie ou en totalité sa coopération ou la soumettre à certaines conditions.

Article 16

Un groupe de travail conjoint composé de représentants des Parties contractantes ainsi que de Laender Baden-Württemberg et de la Bavière vérifiera périodiquement la mise en oeuvre du présent Accord et décidera si oui ou non il est nécessaire d'y ajouter des clauses ou de le mettre à jour.

Article 17

Immédiatement après la signature du présent Accord, les Parties contractantes ouvriront des négociations en vue d'un accord plus détaillé en ce qui concerne la coopération dans la région frontière en relation avec la prévention d'infractions et de menaces.

Article 18

1) Le présent Accord, à l'exception du paragraphe 1 de l'Article 11, entrera en vigueur à titre temporaire à partir du premier jour du deuxième mois après que les Parties contractantes se seront mutuellement notifié que les conditions internes régissant l'entrée en vigueur de l'Accord, à l'exception du paragraphe 1 de l'Article 11, ont été remplies.

2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois après que les Parties contractantes se seront notifié mutuellement que les conditions internes régissant l'entrée en vigueur de l'Accord, y compris le paragraphe 1 de l'Article 11 ont été remplies.

3) Le calcul des délais visés aux paragraphes 1 et 2 sera fondé sur la date de réception de la dernière notification.

4) Le présent Accord sera conclu pour une période indéfinie. Il pourra être dénoncé, par écrit, par l'une ou l'autre des Parties contractantes par la voie diplomatique. La dénonciation entrera en vigueur six mois après la date à laquelle elle sera reçue par l'autre Partie contractante.

Fait à Vienne le 16 décembre 1997, en deux exemplaires originaux en langue allemande.

Pour le Gouvernement fédéral de l'Autriche :

SCHLOEGL

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

SEILER-ALBRING

KANTHER